

Beschluss

Die Zukunft ist Europa

Die kommenden Monate könnten sich als entscheidende Weggabelung für die weitere Zukunft der Europäischen Union und unseres Kontinents erweisen. Schaffen wir Europäerinnen und Europäer den Schulterschluss gegen die Spekulationsgeschäfte gegen die Eurozone oder lassen wir uns weiter treiben und auseinander dividieren? Bekennen wir uns zu europäischer Solidarität, wie sie im Vertrag von Lissabon explizit festgeschrieben ist, oder erleben wir eine Renationalisierung? Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als DIE Europapartei gibt es eine klare Antwort: Die Zukunft ist Europa. Nur gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn werden wir erfolgreich sein.

Wir brauchen ein gemeinsames Europa für die Bewältigung der internationalen Finanzkrise in einer globalisierten Weltwirtschaft genauso wie für den Kampf gegen Armut, den Klimawandel, in der Außenpolitik und für eine Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die ihren Namen verdient. Nationale Kleingeisterei ist für keines dieser Probleme die Antwort, sondern vielmehr Teil des Problems.

Die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedsstaaten ist der größte Binnenmarkt der Welt mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 12.300 Mrd Euro alleine im Jahre 2010. Erst auf Platz zwei folgen mit rund 11.000 Mrd Euro die USA und mit großem Abstand dann Japan und China. Es ist heuchlerisch den Bürgerinnen und Bürger das Gefühl zu vermitteln, dass Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland die EU nicht braucht und alleine besser dastehen würde. Für 570 Mrd Euro exportierten deutsche Unternehmen alleine 2010 Produkte und Dienstleistungen in die EU-Staaten, was 60 Prozent aller Exporte entspricht. Während jedoch die USA nicht nur über eine gemeinsame Währung verfügen, sondern auch viel mehr gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Steuer- und Sozialpolitik betreiben, sind der Europäischen Union enge Gestaltungsgrenzen gesetzt. Die 27 Mitgliedsstaaten betreiben 27 nationale Politiken, die sich oftmals nicht nur widersprechen, sondern gezielt in direktem Wettbewerb miteinander stehen oder gar gegen die europäischen Nachbarn gerichtet sind.

Doch statt diese Differenzen entschieden anzugehen und einen europäischen Rahmen zu schaffen, redeten die verantwortlichen Nationalregierungen in den letzten Jahren lieber immer den Stammtischen nach dem Mund und nährten die Illusion, dass die europäische Integration eine Einbahnstraße Richtung Wohlstand mit Gewinngarantie sei. Daran änderte auch nichts die erste Finanzkrise 2008, die bereits schonungslos die Defizite einer EU offen legte, die zwar freie Fahrt für Waren, Kapital und Dienstleistung garantiert, die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik aber nach wie vor ausschließlich national regelt.

Befeuert durch ein unverantwortliches, parteitaktisch motiviertes Verhalten von CDU/CSU und FDP, aber auch durch manchen sogenannten „Experten“, hat sich gerade in Deutschland ein Gefühl breit gemacht, dass „Wir Deutsche“ nun die Zeche zahlen müssen für andere EU-Mit-

gliedsstaaten, die - vor allem seit Einführung des Euro - auf unsere Kosten in Saus und Braus gelebt und Schulden gemacht hätten. Das führte mitunter zu so absurden Forderungen wie den Verkauf griechischer Inseln oder die Einführung eines „Süd-Euro“, dem auch Irland angehören soll. Tatsächlich aber ist aus dieser Mischung einer finanz- und wirtschaftspolitischen Krise und eines Anti-EU-Populismus eine ernste Gefahr für den Fortbestand der europäischen Gemeinschaftswährung und - damit faktisch verbunden – des gesamten europäischen Projekts erwachsen.

Daran ändert letztlich auch nicht, dass manche und mancher von denen, die sich wie die Bundeskanzlerin noch im letzten Jahr in Europafragen in die Büsche geschlagen haben, in jüngerer Vergangenheit sich nun zu einem „Mehr an Europa“ bekennen. Getrieben von den Entwicklungen an den Finanzmärkten spricht auch sie nun von einer Europäischen Wirtschaftsregierung, versteht darunter jedoch einen weiteren, unverbindlichen Klüngelkreis der Staats- und Regierungschefs, in dem die Parlamente und erst recht die Bürgerinnen und Bürger außen vor bleiben. Zu einem entschiedeneren proeuropäischen Bekenntnis ist sie offenbar im Angesicht ihrer populistischen Koalitionspartner CSU und FDP nicht in der Lage. So lässt sich Europa jedoch nicht aus der Krise manövrieren.

Mehr Europa geht nur demokratischer

Wir Grüne setzen dem Merckelschen Modell der Hinterzimmerdiplomatie ein demokratisches Europa entgegen. Europäisches Parlament wie nationale Parlamente erhalten darin starke Mitspracherechte. In Verbindung mit stärkerer parlamentarischer Kontrolle durch das Europäische Parlament wollen wir die Europäische Kommission zur Europäischen Wirtschaftsregierung gegenüber den Mitgliedsstaaten aufwerten und sie mit weiteren Kompetenzen ausstatten.

Damit allein werden wir jedoch all jene Menschen nicht überzeugen, die Angst um ihre eigene Zukunft, ihre Ersparnisse und Jobs haben oder die sich fragen, was angesichts von neuer Armut und Jugendmassenarbeitslosigkeit die Perspektiven ihrer Kinder sind. Ihnen müssen und wollen wir uns stellen und mit ihnen über unser Modell einer starken Europäischen Union diskutieren.

Teil dieser Debatte muss sein, sich nicht vor dem Vorwurf wegzuducken, dass beim Bau des Europäischen Hauses in der Vergangenheit auch Fehler gemacht wurden. Ob man beispielsweise auf die Frage, ob Griechenland zu den Gründungsmitgliedern der Eurozone gehören sollte, heute wieder mit „ja“ antworten würde, darf mehr als bezweifelt werden. Genauso zweifelhaft ist jedoch, ob man eine Euroeinführung heute noch einmal genauso machen würde – ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.

Die Einführung der Kopenhagener Kriterien als Voraussetzung für den EU-Beitritt eines Landes war ein großer Erfolg. Strenge Maßstäbe wurden jedoch nur solange angelegt bis diese Hürde geschafft war. Die Beitritte Bulgariens und Rumäniens zeigen, dass es ein Fehler war keine wirklichen Kontrollmechanismen für die Post-Beitrittsphase zu entwickeln, auch wenn die EU in den konkreten Fällen zwischenzeitlich ihre Lehren daraus gezogen hat. Gleichzeitig erleben wir eine weitgehend sprachlose Europäische Union, wenn in Ungarn die Pressefreiheit massiv eingeschränkt wird und damit gegen die EU-Grundrechtecharta verstoßen wird. Ähnliches gilt für die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Dänemark durch eine konservative, von Rechtspopulisten gestützte, Regierung, die inzwischen durch eine neue Regierungskoalition mit grüner Beteiligung wieder aufgehoben werden konnten.

Diese Selbstkritik ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für eine Debatte über den weiteren Weg der EU. Denn wer die Zukunft Europas gestalten will, muss aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Und dazu gehört zuallererst eine Absage an die Prämisse der Alternativlosigkeit und eine neue Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn wir Grüne von einer Europäischen Wirtschaftsregierung sprechen, müssen wir deutlich sagen, das wir auch bereit

sind Souveränitätsrechte in den Bereichen Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik an die Europäische Ebene abzugeben. Wir dürfen uns auch nicht vor der Wahrheit drücken, dass auch unser Weg weder ohne Risiken ist noch kostenlos zu haben sein wird.

Ein klares Bekenntnis zum Euro als gemeinsamer europäischer Währung

Natürlich dürfen die Euro-Kritiker den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone fordern -aber es wäre aus unserer Sicht der falsche Weg und wäre rechtlich derzeit überhaupt nicht möglich. Die Folgen eines solchen Schritts: Der Ausschluss aus der Eurozone würde für die Menschen in Griechenland bedeuten, dass eine wieder eingeführte Drachme massiv an Wert verlieren würde gegenüber dem Euro. Die Schuldenberge wären jedoch noch genauso in Euro vorhanden wie der Umstand, dass Ölimporte noch immer in Dollar bezahlt werden müssten. Die Verschuldungsspirale Griechenlands würde sich also noch schneller drehen. Der Lösung des Problems einer nicht funktionierenden Staatsverwaltung wäre man keinen Schritt näher gekommen. Dafür müssten europaweit Banken von den europäischen Steuerzahlern gestützt werden, die Milliarden durch den Euro-Ausschluss des Landes verlieren würden. Für die deutsche Wirtschaft würde ein Absatzmarkt wegbrechen und an der Südostflanke der EU gäbe es über Nacht ein neues Armenhaus ohne wirkliche Perspektive.

Umgekehrt ist es natürlich das gute Recht der deutschen Euro-Kritiker den Austritt Deutschlands aus dem Euro-Raum zu fordern, damit Deutschland nicht länger durch die Krisen einiger EU-Staaten finanziell belastet würde. Die Folgen eines solchen Schritts: Der Wechselkurs einer wieder eingeführten D-Mark würde explodieren – mit verheerenden Folgen für die deutsche Exportwirtschaft, wie wir sie derzeit in der Schweiz angesichts eines starken Franken beobachten können. Die Preise für deutsche Produkte und Dienstleistungen würden im internationalen Vergleich massiv ansteigen und die Exportraten abstürzen lassen. Hinzu kämen direkte Belastungen von schätzungsweise 10 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Wirtschaft durch die Wiedereinführung von Wechselkurssystemen. Viel schlimmer wäre jedoch die neue Investitionsunsicherheit durch neue Wechselkursschwankungen. Auch ist es illusorisch zu glauben, dass die verbliebenen Staaten der Eurozone ohne deutsche Beteiligung einfach weitermachen könnten als sei nichts geschehen.

Wenn wir die besseren Argumente auf unserer Seite sehen, so reichen diese alleine nicht aus, um jene Menschen zu überzeugen, die tief verunsichert sind und sich um ihre Zukunft sorgen. Die Vertrauenskrise der Europäischen Union ist längst zu einer Identitätskrise geworden. Im Angesicht der Eurokrise steht mehr auf dem Spiel als unsere Gemeinschaftswährung. Es geht auch um die Errungenschaften von rund 60 Jahren europäischer Integration. So steht die EU heute für Errungenschaften wie Solidarität, Wohlfahrt, Umweltschutz und Freizügigkeit. Vor allem ist sie Sinnbild der erfolgreichen Überwindung von Nationalismus und Krieg. Es ist daher ein ernstes Alarmzeichen, wenn in vielen europäischen Ländern, so auch in Deutschland wieder verstärkt national und anti-europäisch diskutiert wird. Wir wissen, historische Errungenschaften sind reversibel. Daher wollen wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und pro-europäischen Kräften in allen anderen Parteien für die europäische Idee werben. Gerade die Kriege auf dem Balkan in den 90er Jahren haben vor Augen geführt, wie schnell immer noch in Europa aus Nachbarn Feinde werden können. Das Einbinden von Nationalstaaten in die europäische Union bleibt das Friedensprojekt für Europa im 21. Jahrhundert.

„Für eine weitere europäische Integration treten wir vor allem deshalb ein, weil dies aus unserer Sicht die beste Antwort auf den politischen Steuerungsverlust von nationaler Politik in einer globalisierten Welt ist. Die Errungenschaften Europas sind nur zu erhalten, wenn auch supranational demokratisch legitimierte Politik entstehen kann, die eine reale Wirkungsmacht gegenüber den anderen global agierenden Akteuren, seien sie staatlich oder nicht-staatlich wie die Finanzmärkte, hat.

Weitere Vertiefung angehen – im Ausnahmefall mit Vorreitern

Wir müssen uns auf einem weiteren Integrationsweg zudem die Frage stellen, in wieweit wir bereit sind zu Beginn Abstriche beim Prinzip des "alle zusammen" zu machen, um überhaupt ein Stück voran zu kommen. Denn viele Integrationsprojekte sind durch die Zusammenarbeit einzelner Gruppen – wie bei Schengen – oder auf intergouvernementalen Wege zustande gekommen, wie aktuell die Reaktionen auf die Eurokrise. Dabei hat sich jedoch gezeigt, dass mit freiwilligen Maßnahmen, wie z.B. beim Instrument der offenen Methode der Koordinierung, nicht wirklich etwas zu

erreichen und es zudem aus demokratischer Sicht höchst unbefriedigend ist, wenn es keine wirkliche Überwachung gibt und das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente nicht einbezogen werden. Auch ist eine Europäische Union, in der mal das eine und dann das andere Land mitmacht, für die Bürgerinnen und Bürger schwer zu verstehen.

Die durch den Vertrag von Amsterdam ursprünglich geschaffene "Verstärkte Zusammenarbeit" bietet in ihrer heutigen Form aus unserer Sicht zumindest einen guten vertraglichen Rahmen für dieses Dilemma. Er lässt Mitgliedsländer vorangehen, aber es ist sichergestellt, dass alle anderen Mitgliedsländer die Möglichkeit haben, sich an einem späteren Zeitpunkt doch noch zu beteiligen.

Unsere Präferenz liegt klar auf "alle an Bord", aber wo sie zur Blockade führt, sollten Staaten auch zusammen voranschreiten können – allerdings nur in Ausnahmefällen. Was für uns jedoch nicht akzeptabel ist, ist dabei das Europäische Parlament und damit die parlamentarische Kontrolle außen vorzulassen. Daher kritisieren wir Vorschläge im Rahmen der Eurokrise, die eine voranschreitende Zusammenarbeit vorsehen, aber dabei nicht, wie von den Verträgen bestimmt, das Europäische Parlament einbeziehen. Bei der Frage der europäischen Wirtschaftsunion der Euro-Staaten und jenen, die nach Vertrag dem Euro beitreten müssen und sich jetzt schon an einer stärkeren Vertiefung beteiligen wollen, sollten diese Staaten vorangehen, wenn sich mit allen 27 Mitgliedsstaaten keine gemeinsame Haltung finden lässt.

Auf den Inhalt kommt es an – nicht den Namen

Die Eurokrise der vergangenen Monate hat auch die Debatte über das Fernziel für die Europäische Union wiederbelebt: soll es auf ein „Vereinigtes Europa“ oder auf „Vereinigte Staaten von Europa“ oder schlicht auf „Europa“ hinauslaufen? Angesichts der europäischen Finanzkrise, einer sich am Horizont abzeichnenden wirtschaftlichen Schwächephase und den wieder aufkeimenden Nationalismus, ist aus Grüner Sicht nicht die Frage des Namens einer weiter entwickelten Europäischen Union entscheidend, sondern die substantiellen Änderungen. Die Frage, ob wir am Ende dieses Prozesses die nationalstaatliche Ebene überwinden werden oder nicht, stellt sich weder heute noch morgen, zumal es keine geschichtliche Blaupause gibt, an der sich die weitere Entwicklung skizzieren lässt.

Klar ist jedoch für uns, was alle Modelle bedeuten: eine immer tiefere politische Integration der Mitgliedsstaaten. Hier unterscheiden wir uns auch sehr deutlich von jenen, die dem Projekt einen ähnlichen Titel geben, aber in Wahrheit vor allem auf ein intergouvernementales Europa setzen, das seine Entscheidungen in den Hinterzimmern der Regierungen statt im Plenarsaal des Europäischen Parlaments und dem von den nationalen Parlamenten kontrollierten Ministerrat trifft."

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen überall dort auf ein „Mehr an Europa“, wo die europäische Zusammenarbeit einen Mehrwert für die politische Sache als auch für die Menschen bietet, wo also die lokale und nationale Ebene überfordert sind. Dies gilt zum Beispiel für die Steuerpolitik, bei der ohne einen europäischen Ansatz grundlegende Probleme der Steuerpolitik nicht mehr gelöst werden können. Wir brauchen Europa, um den Wettlauf der Unternehmenssteuersätze

zwischen den Mitgliedstaaten zu unterbinden; wir brauchen Europa, wenn wir Steuerflucht wirksam bekämpfen wollen; und wir brauchen Europa, um den Finanzsektor wirksam an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen.

Dies gilt beispielsweise für eine starke Bankenaufsicht, die jene Institute kontrolliert, die länderübergreifend tätig sind, genauso wie für die Aufnahme von Flüchtlingen, einheitliche Umweltstandards, den Verbraucherschutz oder die Zulassungsregelungen bei Kinderspielzeug. Bei der europäischen Justiz- und Innenpolitik heißt ein "Mehr an Europa" für uns, dass den schon weit entwickelten grenzüberschreitenden Eingriffsrechten (EU-Haftbefehl, europäische Beweisanzordnung, Vorratsdatenspeicherung) europaweit mindestens ebenso starke Schutzrechte für den Einzelnen gegenüber stehen müssen.

Eine demokratische Stimme nach außen

Wie unter dem Brennglas zeigt das Thema Außenpolitik, welche Probleme entstehen, wenn Europa nur mit sich selbst beschäftigt ist, nicht mit einer Stimme spricht, sondern sich als vielstimmiges und disharmonisches Konzert unterschiedlichster nationaler Interessen präsentiert.

Weder hat in der EU den demokratischen Aufbruch in unserer Nachbarregion Nordafrika und Naher Osten jemand kommen gesehen, noch war Europa vorbereitet. Anstatt aber die Protestierenden des Arabischen Frühlings gemeinsam zu unterstützen, um so auch den Grundgedanken der Europäischen Union einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zu fördern, zeigte sich exemplarisch die nationale Kleingeisterei. Die EU-Mitgliedsländer, verstrickt in ihren Einzelinteressen und Einzelbeziehungen mit den jeweiligen Regimen, waren so viel zu lange nicht in der Lage, gemeinsame Sanktionen gegen die Regime in Tunesien, Ägypten, Libyen oder Syrien zu beschließen und als starker Akteur an der Seite der Unterdrückten aufzutreten.

Auch das unwürdige Geschachere zwischen Italien und Frankreich um die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Umbruchstaaten, das Rücknahmeabkommen zwischen Italien und Libyen noch während des Bürgerkriegs sowie die strikte Weigerung Deutschlands, diesen Menschen, zum Teil in höchster Not zu helfen und ein (dauerhaftes oder temporäres) Bleiberecht zu gewähren, widerspricht angesichts von mehreren Tausend toten Bootsflüchtlingen im Mittelmeer allein in diesem Jahr nicht nur allen europäischen Werten, sondern zeigt auch, dass zwingend ein Mehr an gemeinsamen europäischen Regelungen gebraucht werden, wie beispielsweise eine parlamentarisch kontrollierte, gemeinsame europäische Asylpolitik, statt der Festung Europa.

Anstatt aber in all diesen Politikfragen möglichst viel Entscheidungsgewalt im Europäischen Rat oder neuen, intergouvernementalen Gremien zu bündeln, in denen auch weiterhin nationale Interessen die Verhandlungstaktik bestimmen würden, wollen wir die Stärkung von der Gemeinschaftssäule der Union, bei der die Vorschläge der Europäischen Kommission im Mitentscheidungsverfahren von Europäischem Parlament und Ministerrat beschlossen werden. Der Lissabon-Vertrag hat gezeigt, dass zum Beispiel die Überführung der ehemals intergouvernementalen polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in die Gemeinschaftssäule zu mehr Öffentlichkeit und Demokratie in Europa führt.

Gerade das Europäische Parlament in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten garantiert, dass die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auf Mehrheitsverhältnissen basieren, die den Wählerwillen widerspiegeln. Genau das ist das Alleinstellungsmerkmal der Europäischen Union. Die EU ist die einzige supranationale Organisation, die eben kein Exklusivclub von Regierungschefs und Lobbyvertretern ist, sondern die Bürger direkt an den Entscheidungen beteiligt. Auch das war ein Grundgedanke jener Frauen und Männer, die aufbauend aus den Lehren zweier Weltkriege die europäische Integration auf den Weg brachten.

Mehr Europa geht nur mit mehr Menschenrechtsschutz

Der Vertrag von Lissabon stärkt die Achtung der Menschen- und Grundrechte in der Union, da er der EU-Grundrechtecharta einen bindenden Charakter verleiht. Das kann dazu beitragen, dass die von der EU nach außen vertretene Achtung der Menschenrechte auch in ihren eigenen Institutionen und Mitgliedstaaten zur Geltung kommt. Gleichzeitig sendet die EU ein deutliches Signal an Drittländer, wenn sie selbst mit Blick auf die Grundrechte kohärent auftritt. Der Vertrag von Lissabon rückt die Achtung und Förderung von Menschenrechten in das Zentrum auswärtigen Handelns. Er unterstreicht zudem die Notwendigkeit der Kohärenz der EU-Außen- und Innenpolitik.

Der Vertrag verlangt außerdem, dass die EU-Außenpolitik von allgemeinen Grundsätzen geleitet wird und keine Zielsetzungen gegeneinander ausgespielt werden - beispielsweise der Handel gegen die Menschenrechte.

Nur wenn die Achtung und der Schutz von Menschenrechten innerhalb der EU genauso ernst genommen werden wie außerhalb, können die bisher existierenden doppelten Standards vermieden werden. Dazu gehören auch die vollumfängliche Aufarbeitung der CIA-Verschleppungsflüge und der Geheimgefängnisse auf europäischem Boden, die volle Gleichberechtigung für LGBTI in allen europäischen Ländern, der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus in den EU-Mitgliedsländern sowie der effektive Menschenrechtsschutz für Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen.

Europa gestalten – Solidargemeinschaft stärken

Anders als viele Konservative und Liberale ist für uns Europa mehr als Binnenmarkt. Europa - und das zeigt die Krise - erfordert eine Solidargemeinschaft, die mehr ist als eine wirtschaftspolitische Integration. Europa kann nur auf der Grundlage gemeinsamer sozial- (und haushalts-) politischer Rahmenbedingungen gedeihen. Bis heute fehlt ein solcher Rahmen für eine europäische Sozialpolitik. Anders als die schwarz-gelbe Bundesregierung derzeit suggeriert, geht es nicht darum, zur Beseitigung der makroökonomischen Ungleichgewichte auf Senkung von Sozialstandards und Löhnen zu setzen. Einer der Gründe für die Heterogenität war auch die stagnierende Lohnentwicklung in Deutschland. Folgende Möglichkeiten sehen wir, um ähnlich wie im wirtschaftspolitischen Bereich einen sozialpolitischen Rahmen zu setzen:

Zum Einen brauchen wir auch im sozialen Bereich europaweite Mindeststandards bzw. Regelungskorridore. Das fängt beim europaweiten Mindestlohn (x% des Durchschnittseinkommens) an, bezieht sich aber ebenso auf (prozentuale) Mindestsätze für Sozial- und Arbeitslosentransfers sowie für Renten und Mindeststandards bei der Gesundheitsversorgung. Solche Mindeststandards, ggf. auch als Korridormodell, würden dazu beitragen, dass soziale Standards nicht in den Sog des Standortwettbewerbs geraten. Zugleich bieten sie den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, nationale Besonderheiten zu berücksichtigen und sie sind gefeit vor dem bei 28 europäischer Abstimmung oftmals befürchteten „down-grading“, denn sie schließen die Anwendung höherer Standards einzelner Staaten ja nicht aus.

Als weitere Elemente einer Solidargemeinschaft und um die Divergenz bei Wachstum und Inflation in der EU zu verringern und so zu einer Stabilität der Euro-Zone beizutragen. Perspektivisch streben wir eine europäische Basis- Arbeitslosenversicherung, stärkere Angleichungen der Renten- und Gesundheitssysteme bzw. ein Zusatzregime auf EU-Ebene an, um beispielsweise auch die Portabilität von Sozialleistungen praxistauglicher zu machen. Allerdings setzen solche Maßnahmen, gerade mit Blick auf die Sozialsysteme, intensive Debatten über die Frage des europäischen Mehrwerts und vor allem auch die Standards voraus.

Ohne eine die Öffentlichkeit breit einbeziehende Debatte ist eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Standards nicht möglich. Und angesichts der Emotionalität, die Fragen der

sozialen Sicherheit auch im nationalen Kontext immer wieder einnehmen, wird diese öffentliche Debatte Zeit brauchen. Wir schlagen daher vor in dem von uns angeregten Konvent auch über die notwendigen Schritte zu einem sozialeren Europa zu diskutieren. Denn nur auf dem Weg eines öffentlichen Diskurses über eine gemeinsame, nachhaltige Sozialstaatlichkeit des 21. Jahrhunderts können wir der sozialpolitischen Integration den bisherigen Anschein der Richtungslosigkeit und den BürgerInnen ihre Sorge vor sozialen Kahlschlägen nehmen.

Die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger ausbauen

Mit dem ab 1. Januar 2012 zur Verfügung stehenden Instrument des Europäischen Bürgerbegehrens ist, nicht zuletzt auf Druck der grünen Parteien Europas und des Europäischen Konvents Bürgerinnen und Bürgern erstmals ein direktes Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen jenseits von Wahlen zum Europäischen Parlament möglich. Die Europäische Union gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern damit mehr direkten Einfluss als die deutsche Bundespolitik, wo gerade viele konservative Politiker bis heute die direkte Mitsprache des Volkes fürchten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Auswahl des Personals mehr mitentscheiden. Die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte, unglückliche Trippelstruktur von EU-Kommissionspräsident, EU-Ratspräsident plus halbjährlich wechselnder Ratspräsidentschaft der Mitgliedsstaaten macht die Entscheidungsprozesse kompliziert und alles andere als bürgernah. Daher wollen wir diese Struktur überwinden und gleichzeitig die Entscheidungsmacht bei der Personalwahl von den nationalen Regierungen hin zu den Bürgerinnen und Bürgern verlagern. Wir brauchen keine Politikerinnen und Politiker an der Spitze der Europäischen Union, die den Staats- und Regierungschefs gefallen, sondern solche, die sich vor allem Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlen. Daher fordern wir das bereits bei der kommenden Europawahl Spitzenkandidatinnen/Spitzenkandidaten der Europäischen Parteien für das Amt der EU-Kommissionspräsidentin/des EU-Kommissionspräsidenten aufgestellt werden und das Europäische Parlament nur diejenige Kandidatin/denjenigen Kandidaten bestätigt, die/der als Spitzenkandidat einer oder mehrerer Parteien eine Mehrheit bei der Europawahl für sich gewonnen hat. Eine Direktwahl von EU-Führungspersonal bleibt für uns dennoch eine weitere Option, über die wir im Rahmen des EU-Konvents diskutieren wollen. Zumindest Teile der Abgeordneten sollen künftig über transnationale Listen gewählt werden. Diese sollen auf Parteitag der Europäischen Parteien nominiert und durch alle Wahlberechtigten in der Europäischen Union gleichermaßen ein Votum erhalten.

Die Unionsbürgerschaft wollen wir weiter entwickeln zu einer Europabürgerschaft, bei der nicht nur die Mitentscheidung auf allen politischen Ebenen sondern auch die rechtliche Stellung als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ausgebaut wird. Die Grundrechte der EU-Grundrechtecharta müssen endlich auch vor dem Europäischen Gerichtshof direkt und individuell einklagbar sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für die Einrichtung einer Grundrechtsbeschwerde in Luxemburg ein, um Verletzungen der Rechte aus der EU-Grundrechtecharta besser einklagen zu können.

Ein neues europäisches Fundament transparent und gemeinsam erarbeiten

Mit dem erst 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon endete eine einjahrzehntelange Auseinandersetzung über eine neue Vertragsgrundlage für die erweiterte Europäische Union der 27. Immer wieder gab es Rückschläge, mehrfach stand der Ratifizierungsprozess vor dem endgültigen Scheitern. Was als „Entwurf für eine Europäische Verfassung“ im Europäischen Konvent erarbeitet, dann von den nationalen Regierungen mehrfach verändert und verkompliziert wurde und letztlich als Vertrag von Lissabon seine Gültigkeit erlangte, beinhaltet ohne Zweifel viele Fortschritte. Die völlige Überfrachtung und Modifizierung der finalen Fassung haben jedoch einen Vertrag hinterlassen, dessen Großartigkeit nur eingefleischten Verfassungsjuristen und Europaexperten erschließt. Die Politiken der EU wurden im Konvent aus dem Vertrag von

Maastricht übernommen, so dass sie oft ökologische und sozial fragwürdige Festlegungen enthalten. Zudem haben die Finanz- und Eurokrise längst die Lücken des Vertrags von Lissabon offen gelegt. Gerade in Fragen der Finanzmarktregulierung, einer gemeinsamen Steuer-, Wirtschaftspolitik und europäischen Sozialpolitik - aber auch im Bereich der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik - fehlen europäische Regelungen, wurden der Europäischen Union keine Zuständigkeit von Seiten der Nationalstaaten zugestanden oder existieren starke Vetorechte.

Nur wenn wir diese Lücken im Vertrag von Lissabon füllen, wird die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Kleine, redaktionelle Änderungen im Vertragswerk werden uns nicht ans Ziel führen. Gefragt sind vielmehr grundlegende Antworten auf wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Fragen: Wie bauen wir makroökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union ab? Wie können wir sicherstellen, dass alle Länder ihre Defizite zurückführen? Wie stellen wir sicher, dass Wettbewerb zwischen den EU-Mitgliedsländern nicht mehr auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stattfindet? Was kann und muss die Europäische Union tun, um die entfesselten Finanzmärkte wieder an die Leine zu nehmen? Brauchen wir eine Finanzunion mit einem europäischen Finanzminister an der Spitze? Aber vor allem: Wer entscheidet zukünftig mit welchen Mehrheitsverhältnissen über Verstöße einzelner Länder und wer darf gegebenenfalls welche Art von Sanktionen verhängen?

Es liegt auf der Hand, dass die Hinterzimmer-Diplomatie der Staats- und Regierungschefs diese Fragen nicht wird beantworten können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben klare Vorstellungen, was sich in der Europäischen Union ändern sollte. So wollen wir der Währungsunion eine Fiskal- und Wirtschaftsunion folgen lassen. Dabei dürfen die Entscheidungen nicht länger hinter den verschlossenen Türen des Europäischen Rates zwischen den Staats- und Regierungschefs ausgedeutet werden. Die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung der EU muss endlich in die Zuständigkeit der Europäischen Kommission gegeben werden, um im normalen Gesetzgebungsverfahren mit Europäischem Parlament und Ministerrat die Politik der Wirtschaftsunion gestalten zu können. Wo dies noch nicht möglich ist, ist die umfangreiche Einbeziehung von EU-Kommission und Europäischem Parlament unabdingbar. Das Europäische Parlament wollen wir mit einem eigenen Initiativrecht ausstatten

Entscheidungen solch einer Tragweite bedürfen jedoch einer möglichst breiten Legitimierung. Diese kann es nur durch einen neuerlichen Europäischen Konvent geben. Ähnlich wie beim ersten Verfassungskonvent soll er sich aus Vertretern der nationalen Regierungen, der Parlamente aber auch aus der europäischen Zivilgesellschaft zusammensetzen und die Bürgerinnen und Bürger durch ein Konsultationsverfahren mit einbeziehen. Damit stellen wir sicher, dass aus ganz Europa kompetente Vertreter der europäischen Gesellschaft mit unterschiedlichsten Sichtweisen und Erfahrungen zusammen kommen, um über die Zukunft der EU zu beraten. Der erste Verfassungskonvent zu Beginn der letzten Dekade hat gezeigt, welche Dynamik ein solcher Prozess entfalten kann, nachdem die nationalen Regierungen sich zuvor über Jahre hinweg nicht hatten einigen können.

Die aktuelle Krise der Europäischen Institutionen zeigt, dass nur eine erneuerte Reform des EU-Vertrages eine schnelle und demokratische Entscheidungsfindung ermöglicht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, bei den derzeit debattierten Vertragsänderungen für die Euro-Staaten in jedem Fall eine umfangreiche Beteiligung der Gemeinschaftsinstitutionen zu verankern. Bei Verlagerungen von Kompetenzen auf die europäische Ebene muss das Europäische Parlament mit vollen Kontroll- und Entscheidungsrechten ausgestattet werden. Bereits beim Schengen-Abkommen hat das Europäische Parlament gezeigt, dass es seiner Aufgabe als europäische Volksvertretung auch dann verantwortlich nachkommen kann, wenn nicht alle EU-Staaten betroffen sind.

Der Vertrag von Lissabon bietet hierfür die nötige rechtliche Grundlage. Zugleich böte die mit einem neuerlichen Konvent verbundene öffentliche Debatte die Chance, ein neues Kapitel zwischen Europäischer Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern aufzuschlagen. In Deutschland bedeutet dies, sich endlich der offenen Frage des Grundgesetzes zu stellen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren wir dafür, den Auftrag des Artikels 146 GG ernst zu nehmen und anlässlich der EU-Vertragsreform eine verfassungsgebende Versammlung in Deutschland einzuberufen. Im Rahmen einer neuen Verfassung wollen wir dann eine stärkere Integration Deutschlands in der Europäischen Union verankern. Dies gelingt aber nur, wenn die politischen Akteure in diesem Prozess auch bereit sind sich in direkter Debatte den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen, sie mitzunehmen und den europäischen Weg zu erklären. Nur dann wird aus einem Konventsbeschluss auch ein neuer Vertrag zwischen „Brüssel“ und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Dazu gehört auch, die Menschen am Ende des Verfahrens über die möglicherweise nötigen Vertragsänderungen auf europäischer und nationaler Ebene angemessen entscheiden zu lassen.

Wir GRÜNE verpflichten uns dazu, zeitnah einen konkreten Fahrplan für einen solchen Konvent zu entwerfen. Während des Verhandlungsprozesses muss es Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger geben, zum Beispiel in Form von Regionalkonventen.

Der Konvent soll vor allen Dingen über Vertragsänderungen im Bereich Harmonisierung der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitiken beraten.

Wir sprechen uns dafür aus, dass im Rahmen des Konvents auch über neue Ratifizierungsverfahren für künftige EU-Vertragsänderungen beraten wird. Unser Augenmerk gilt dabei der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und europaweiten Referenden, die durch ein Prinzip doppelter Mehrheiten dem Gedanken der europäischen Öffentlichkeit Rechnung tragen würden.

Mehr Europa ist uns was wert

Der EU-Haushalt macht derzeit weniger als 2% aller öffentlichen Ausgaben in der gesamten EU aus und die „europäische Staatsquote“, d.h. der Anteil des EU-Budgets am Bruttonationaleinkommen, beträgt nur rund 1%. Einige Mitgliedstaaten wollen den Anteil der EU an den öffentlichen Ausgaben weiter senken, trotz neuer europäischer Aufgaben. Wir vertreten auch beim EU-Budget den Ansatz, nach dem Mehrwert von gemeinsamen Ausgaben und einer gemeinsamen Finanzierung zu fragen. Aus dieser Überlegung treten wir bei steigenden Aufgaben der europäischen Ebene auch mittelfristig für eine Steigerung des EU-Budgets ein, um Mittel zur Förderung von europaweiten Maßnahmen des Green New Deal zu generieren.

Eine solche Steigerung sollte aus unserer Sicht mit einer Änderung der Finanzierung des EU-Budgets einhergehen: wirkliche Eigenmittel der EU aus Steuern oder Abgaben sollten die Beiträge der Mitgliedstaaten aus den nationalen Haushalten teilweise ersetzen. Die Beitragsrabatte für die reichen Mitgliedstaaten sollten abgeschafft werden. Die EU sollte neben den traditionellen Eigenmitteln (Zölle) eigene Steuern bzw. Steueranteile, die entweder zur Vermeidung von nachteiligem Steuerwettbewerb beitragen können oder eine Lenkungswirkung haben, erheben können. In Frage kommen: Finanztransaktionssteuer, Körperschaftsteuer, Flugabgabe, Energiesteuer, CO₂-Steuer, Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem und eine Zinsertragsteuer.

Weder der dringend nötige Konvent noch eine bessere Legitimation der EU-Institutionen noch Rettungsschirme werden automatisch die Politik der Europäischen Union grüner machen. Dies wird alleine durch veränderte Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament einerseits und dem Europäischen Rat bzw. den Ministerräten andererseits gelingen, wo derzeit noch die konservative Parteienfamilie die meisten Stimmen auf sich vereinen kann.

Wir wollen daher die Bundestagswahl 2013 zu einer Richtungsentscheidung über die Position Deutschlands in den EU-Räten machen. In Abstimmung mit den anderen wahlkämpfenden Grü-

nen Parteien in Europa wollen wir eine erkennbare Linie Grüner Politik in der EU vereinbaren und damit die nationalen Wahlkämpfe gestalten. Grüne Parteien sind in vielen Ländern der Europäischen Union auf Wachstumskurs, wie die jüngsten Wahlerfolge in Frankreich oder die neue Regierungsbeteiligung in Dänemark zeigen.

Die Europawahl 2014 stellt für uns eine der größten Herausforderungen dar. Wir wollen dort als Grüne nicht nur ein besonders gutes Ergebnis einfahren, sondern auch den Wert der Europawahl als Machtentscheidung um den EU-Kommissionspräsidenten und die grundlegenden Politiken der EU herausstellen.

Wie bereits 2004 und 2009 wollen wir dies in enger Abstimmung mit der Europäischen Grünen Partei und unseren europäischen Schwesterparteien tun. Auch bei Vorschlägen für europäisches Spitzenpersonal sollten wir Grünen uns europaweit stärker engagieren. Dies bedeutet jedoch auch, dass die nationalen Parteien die Debatten in der europäischen Parteienfamilie stärker rückkoppeln müssen. Auch in grünen Reihen ist „die EGP“ nicht gerade bekannt. Maßnahmen, wie z.B. die Einladung von anderen europäischen Grünen Parteien zu unseren Parteitag und Kongressen oder auch bilaterale Treffen von europäischen SpitzenpolitikerInnen sind zwei Möglichkeiten die Zusammenarbeit zu stärken und das Bewusstsein in der Partei für unsere Nachbarparteien und unsere europäische Parteienfamilie zu stärken. Auch sollen künftig deutsche KandidatInnen für den EGP-Vorstand grundsätzlich mit einem Votum des Parteitages oder Länderrates gestärkt und damit auch innerparteilich bekannter gemacht werden. Dazu gehört auch ein stärkere Personalisierung unseres Wahlkampfes auf europäischer Ebene. Mit dem auf europäischer Ebene mitentwickelten Konzept des Grünen New Deal haben wir bereits bei den letzten Europawahlen gezeigt, dass Parteipolitik und eine klare europäische Vision, die nicht in den nationalen Binnengrenzen denkt, kein Widerspruch sind und sehr wohl von den Bürgerinnen und Bürgern honoriert werden.